



**Miteinander –  
Füreinander.  
Solidarität leben.**

Geschäftsbericht des Bundes-  
vorstandes der Volkssolidarität

2020  
2021

# Die Volkssolidarität 2020/2021 in Zahlen

342

Freizeit- und Begegnungsstätten fördern bundesweit Gemeinsamkeit und Geselligkeit.

108.888

Mitglieder zählte die Volkssolidarität 2021.



19.752

Mitarbeiter/-innen sind in über 80 Berufen bei der Volkssolidarität beschäftigt.

3,5 Mio.

Stunden engagieren sich über 19.000 Ehrenamtler/-innen jährlich in der Volkssolidarität.

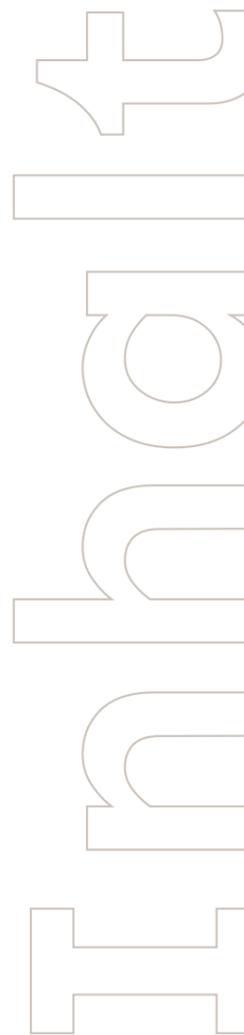
2,9 Mio.

Menschen nahmen an Veranstaltungen in den Freizeit- und Begegnungsstätten der Volkssolidarität teil.

100.000

Menschen aller Generationen betreut die Volkssolidarität täglich in ihren sozialen Einrichtungen.

<b>1</b>	<b>04</b>	Vorwort
	<b>09</b>	Bundesverband der Volkssolidarität in den Jahren 2020 und 2021
	<b>10</b>	Mitglieder des Bundesvorstandes
	<b>12</b>	Arbeitsschwerpunkte des Bundesvorstandes 2020/2021
	<b>13</b>	Wichtige Entscheidungen
<b>2</b>	<b>15</b>	Arbeitsgruppen, Projektgruppen und weitere Initiativen
	<b>15</b>	Arbeitsgruppe Mitgliederverband/Ehrenamt/Sozialkultur
	<b>17</b>	Arbeitsgruppe Sozial- und Gesundheitspolitik
	<b>18</b>	Arbeitsgruppe Familienpolitik
	<b>19</b>	Arbeitsgruppe Sozialberatung
	<b>20</b>	Arbeitsgruppe Öffentlichkeits- und Medienarbeit
	<b>21</b>	Weitere Arbeits- oder Projektgruppen
	<b>22</b>	Hausnotruf des Bundesverbandes
	<b>22</b>	Externe Arbeitsgruppen, Fachgremien und Bündnisse
<b>3</b>	<b>25</b>	Kompetenzzentren des Bundesverbandes
	<b>25</b>	Kompetenzzentrum Pflege
	<b>26</b>	Kompetenzzentrum Familie, Kinder und Jugend
<b>4</b>	<b>29</b>	Bundesgeschäftsstelle
	<b>30</b>	Neustrukturierung der Bundesgeschäftsstelle
	<b>30</b>	Arbeitsbereich Mitgliederverband/Ehrenamt/Sozialkultur
	<b>31</b>	Arbeitsbereich Sozialpolitik
	<b>34</b>	Arbeitsbereich Sozialberatung
	<b>34</b>	Arbeitsbereich Flucht und Migration
	<b>35</b>	Arbeitsbereich Öffentlichkeits- und Medienarbeit
	<b>39</b>	Arbeitsbereich Vorsorgeversicherungen
	<b>40</b>	Veranstaltungen
	<b>40</b>	Netzwerke und Bündnisse
<b>5</b>	<b>43</b>	Finanzierung des Volkssolidarität Bundesverbandes e. V.
	<b>50</b>	Impressum



## Sehr geehrte Delegierte, liebe Mitglieder der Volkssolidarität,

mit diesem Bericht informiert der Bundesverband über Aktivitäten und Ergebnisse seiner Arbeit in den Jahren 2020 und 2021. Er legt damit Rechenschaft gegenüber den Mitgliedern des Verbandes ab, die durch Sie vertreten werden.

Wie annähernd alle Unternehmen und Einrichtungen ebenso wie die Menschen in Deutschland und auf der Welt, stellte sich auch die Volkssolidarität den in dieser Form noch nie dagewesenen Herausforderungen der Corona-Pandemie. Die Arbeit des Bundesverbandes der Volkssolidarität war im maßgeblichen Berichtszeitraum selbstverständlich genauso davon betroffen.

Der Krise zum Trotz verstand es die Volkssolidarität, die Pandemie als Chance zu begreifen, zu nutzen und sich als Sozial- und Wohlfahrtsverband weiter zu bewähren. Mit enormer Energie, persönlichem Einsatz und viel Empathie begegneten Beschäftigte und ehrenamtlich Tätige den Ziel- und Interessengruppen der Volkssolidarität. In der Beratung, in der Arbeit für sozial Benachteiligte, für Senior\*innen, für Menschen mit Behinderung, chronisch Kranke, in der Pflege, in Kinder- und Jugendeinrichtungen. Kurz: Überall dort, wo die Volkssolidarität mit Einrichtungen, Dienstleistungen und den Menschen aus Haupt- und Ehrenamt wirkt, wo es auf Solidarität ankommt. Damit haben sie gezeigt, wie systemrelevant Gemeinnützigkeit, wie wichtig das Miteinander – füreinander besonders in Krisenzeiten ist. Umgekehrt gilt das auch für alle Betroffenen. Sie haben ebenfalls Beachtliches geleistet. So gut und so sicher wie möglich wurden

Menschen unter Einhaltung höchster Hygienestandards vor Infektionen geschützt. Dies ging oft mit starken persönlichen Einschränkungen einher, die mitunter sogar an Isolation grenzten. In dieser Zeit waren (und sind) wir alle sehr gefordert, manchmal sogar überfordert. Umso bedeutender ist Wertschätzung. Und umso mehr gilt allen Beteiligten und Betroffenen unser ausdrücklicher Dank.

Wenn die Pandemie etwas bewirkt hat, zählt der Digitalisierungsschub dazu. Viele Veranstaltungen – auch die des Bundesverbandes – mussten ausfallen. Also galt es, Alternativen zu finden. Diese gab es in Gestalt neuer Online-Anwendungen und Online-Formate. Beispielsweise sind Videotermine inzwischen zur Routine geworden. Nutzer\*innen schätzen die Zeitersparnis gegenüber Reisen. Hinzu kommen Umweltaspekte, die für diese Kommunikationsform sprechen.

Die Volkssolidarität ist bundesweit, in den neuen Bundesländern und ihren Regionen, wegen ihrer aktiven, auf Teilhabe gerichteten Mitgliederarbeit, ihrer sozialwirtschaftlichen Kompetenzen und ihrer konsequenten sozialpolitischen Interessenvertretung bekannt und geschätzt.

Die sozial- und gesundheitspolitische Interessenvertretung hatte mit der Corona-Pandemie einen besonderen Schwerpunkt. So machte sich die Volkssolidarität für eine angemessene Schutzausstattung in der Altenpflege stark, setzte sich für eine allgemeinverbindliche Bonuszahlung für Pflegekräfte ein, lehnte die Isolation älte-

rer und vulnerabler Bevölkerungsgruppen ab und forderte mehrfach Soforthilfen für arme Menschen.

Im Superwahljahr 2021 unterstrich die Volkssolidarität zudem ihre Forderung nach Chancengleichheit, um einer gesellschaftlichen Spaltung entgegenzuwirken. Im Fokus waren dabei eine auf das Gemeinwohl ausgerichtete Steuerpolitik, eine menschenwürdige Grundsicherung über der Armutsgrenze, eine existenzsichernde Arbeit mit angemessenem Erwerbseinkommen und eine gesetzliche Rente als zentrale Säule der Alterssicherung. Auch eine unbürokratische, einkommensabhängige Kindergrundsicherung auf Grundlage eines realistisch berechneten kindlichen Existenzminimums stand auf der Agenda. Diese und weitere Punkte fasste der Bundesverband in einer Broschüre zusammen: Forderungen der Volkssolidarität zur Bundestagswahl 2021  – Mit Solidarität zu mehr sozialer Gerechtigkeit.



**"Forderungen  
zur Bundestagswahl 2021"**

[Jetzt ansehen](#)

Neben der Positionierung in den genannten Wahlforderungen hat der Bundesverband im Bereich Kinder-, Jugend- und Familienpolitik unter anderem das Gesetz zur Weiterent-

wicklung der Qualität und Teilhabe in der Kindertagesbetreuung (KiQuTG, Gute-Kita-Gesetz) in Ländern und Kommunen fortführend unterstützt und sich ab Dezember 2020 am Corona-Kita-Rat beteiligt.

Über die Pandemie hinaus zeichneten sich die Jahre 2020/2021 beim Bundesverband durch den weiteren personellen und strukturellen Wandel aus: Susanna Karawanskij trat auf der Bundesdelegiertenversammlung am 16. Oktober 2020 die Nachfolge von Präsident Dr. Wolfram Friedersdorff an. Und ab dem 1. Juni 2021 übernahm Sebastian Wegner als Nachfolger für Alexander Lohse das Amt des Bundesgeschäftsführers.

Aus der Bundesdelegiertenversammlung resultierte auch der Auftrag für eine Satzungsänderung, dem sich der Bundesverband im Sinne einer wegweisenden verbandlichen Ausrichtung widmete.

Wir danken allen Mitgliedern des Bundesvorstandes, die in ehrenamtlicher Arbeit engagiert und mit großem Aufwand viel für den Verband geleistet haben. Dank auch an die vielen Mitglieder und Ehrenamtlichen, die das Anliegen unseres Verbandes in ihrem Tun repräsentieren. Besonderer Dank gilt auch allen Mitarbeitenden, die durch ihre qualifizierte Arbeit täglich den Ruf der Volkssolidarität aufs Neue stärken.



**Ihre Susanna Karawanskij**  
Präsidentin der Volkssolidarität



**Ihr Sebastian Wegner**  
Bundesgeschäftsführer

2020 - 2021

**Geschäftsbericht  
des Bundesvorstandes  
der Volkssolidarität**



**VOLKSSOLIDARITÄT**

Der Bundesverband der Volkssolidarität wird von den Landesverbänden und deren Mitgliedern gebildet. Sitz der Bundesgeschäftsstelle ist Berlin. Der Verband ist ein Verein nach dem Vereinsrecht sowie eine gemeinnützige Körperschaft im Sinne des Gemeinnützigkeitsrechts.

## 1. Bundesverband der Volkssolidarität in den Jahren 2020 und 2021

Der Bundesverband der Volkssolidarität wird von den Landesverbänden und deren Mitgliedern gebildet. Sitz der Bundesgeschäftsstelle ist Berlin. Der Verband ist ein Verein nach dem Vereinsrecht sowie eine gemeinnützige Körperschaft im Sinne des Gemeinnützigkeitsrechts. Er ist in das Vereinsregister beim Amtsgericht Berlin-Charlottenburg unter dem Aktenzeichen VRNr. 10445 Nz eingetragen. Grundlage der Arbeit des Bundesverbandes sind die Grundsatzdokumente und Beschlüsse der Volkssolidarität.

Die Interessen seiner Mitglieder in sozialer, sozialpolitischer, sozialwirtschaftlicher und sozialkultureller Hinsicht zu vertreten und zu fördern, ist das satzungsgemäße Anliegen des Bundesverbandes. Im Berichtszeitraum wurden die gemeinsame Verbandstätigkeit koordiniert, fachliche Veranstaltungen sowie Fort und Weiterbildungsmaßnahmen organisiert, die Aufgabe der sozialpolitischen Interessenvertretung wahrgenommen sowie die Beschlüsse der Bundesdelegiertenversammlungen aus den Jahren 2018 und 2020 umgesetzt.

Das höchste beschlussfassende Organ des Bundesverbandes ist die Bundesdelegiertenversammlung (BDV). Delegierte und Gäste aus 87 Stadt-, Kreis- und Regionalverbänden und den sechs Landesverbänden nahmen am 16. Oktober 2020 in Leipzig an der Bundesdelegiertenversammlung teil. Sie verabschiedeten wichtige Beschlüsse als Grundlage und Orientierung für die zukünftige Entwicklung des Verbandes. Dazu gehörten:

### Beschlüsse der BDV 2020

- Begründung, Aussprache und Beschlussfassung zur Geschäfts- und Wahlordnung für Bundesdelegiertenversammlungen der Volkssolidarität
- Begründung, Aussprache und Beschlussfassung zur Beitrags- und Finanzierungsordnung des Volkssolidarität Bundesverband e.V.
- Wahl eines/einer neuen Präsidenten/Präsidentin



# Mitglieder des Bundesvorstandes



**Dr. Wolfram Friedersdorff**  
Ehrenpräsident der  
Volkssolidarität (seit 2020)



**Susanna Karawanskij**  
Präsidentin der Volkssolidarität  
seit 2020



**Olaf Wenzel**  
Vizepräsident seit Dezember 2016  
und Vorsitzender des Volkssolidari-  
tät Landesverbandes Sachsen e. V.  
(bis Dezember 2021)



**Christian Herrgott**  
Vizepräsident seit November 2018  
und Vorstandsvorsitzender der  
Volkssolidarität Pößneck e. V.



**Petra Billerbeck**  
Vorsitzende der Volkssolidarität  
Landesverband Mecklenburg-Vor-  
pommern e. V.



**Gabriele Evers**  
Vorsitzende der Volkssolidarität  
Ratingen e. V.



**Dr. Herbert Burmeister**  
Volkssolidarität Landesverband  
Brandenburg e. V.



**Claudia Foltin**  
Volkssolidarität Landesverband  
Berlin e. V.



**Edelgardt Fertyk**  
Volkssolidarität Landesverband  
Mecklenburg-Vorpommern e. V.



**Jens Frieß**  
Volkssolidarität Landesverband  
Sachsen e. V. (bis Mai 2021)



**Karin Handorf**  
Volkssolidarität Landesverband  
Sachsen-Anhalt e. V.



**Prof. Dr. habil. Günter Heichel**  
Vorsitzender des Aufsichtsrates  
des Volkssolidarität Landes-  
verbandes Sachsen-Anhalt e. V.



**Andreas Lasseck**  
Volkssolidarität Landes-  
verband Sachsen e. V.



**Dr. Uwe Klett**  
Vorsitzender des  
Volkssolidarität Landes-  
verbandes Berlin e. V.



**Bettina Fortunato**  
Verbandsratsvorsitzende  
des Volkssolidarität Landes-  
verbandes Brandenburg e. V.



**Carsten Rühle**  
Vorsitzender des Volks-  
solidarität Landesverbandes  
Thüringen e. V.





## Der Bundesvorstand

### Zusammensetzung

Im Zeitraum zwischen den Bundesdelegiertenversammlungen wird der Verband durch den ehrenamtlichen Bundesvorstand geführt. Dessen Mitglieder sind die Präsidentin der Volkssolidarität, die Vorsitzenden der Landesverbände sowie weitere acht stimmberechtigte Mitglieder, die ebenso wie die Verbandspräsidentin von der Bundesdelegiertenversammlung alle vier Jahre gewählt werden. Der Bundesvorstand wählt auf Vorschlag der Präsidentin aus seiner Mitte zwei Vizepräsidenten.

### Arbeitsschwerpunkte des Bundesvorstandes 2020/2021

Der Bundesvorstand führt in der Regel in einem Rhythmus von sechs Wochen seine Sitzungen durch, wobei die pandemiebedingten Einschränkungen und personellen Umstellungen im Bundesverband besonders im Jahr 2020 größere Abstände begründeten.

Die Arbeitsgrundlagen des Gremiums sind die Satzung und die weiteren Grundsatzdokumente der Volkssolidarität, die Beschlüsse der Bundesdelegiertenversammlung sowie seine Geschäftsordnung.

Im Berichtszeitraum waren ursprünglich 16 Sitzungen vorgesehen. Wegen der Corona-Pandemie kam der Bundesvorstand an insgesamt 12 Sitzungsterminen zusammen, auf denen insgesamt 32 Beschlüsse gefasst wurden. In den Jahren 2020 und 2021 orientierte sich das Wirken des Vorstandes an den verbands und sozialpolitischen Beschlüssen und Dokumenten der Bundesdelegiertenversammlungen 2018 und 2020. Grundsätzlich galt es für alle Beteiligten, mit der Corona-Pandemie und ihren Konsequenzen für die Arbeitsorganisation umzugehen. Auf Vorstandsebene ging dies unter anderem mit einem Fokus auf die sozialpolitischen Schwerpunkte der unterschiedlichen Rettungspakete und gesetzlichen Regelungen einher.

### Weitere Themen der Vorstandssitzungen waren:

- Aufgaben des Bundesverbandes, Finanzierung der Bundesgeschäftsstelle
- Satzung und Beitragsordnung des Volkssolidarität Bundesverbandes e.V.
- organisatorische und personelle Umstrukturierungen im Bundesverband
- Aufgaben der Verbandsgliederungen und deren rechtliche Stellung
- Entwicklung der sozialpolitischen Interessenvertretung der Volkssolidarität und Entwicklung der sozialwirtschaftlichen Tätigkeit in der Volkssolidarität

- Fortsetzung des Organisationsentwicklungsprozesses der Volkssolidarität
- Jahresstatistik der Volkssolidarität für die Jahre 2020 und 2021
- Vorbereitung der Bundesdelegiertenversammlung 2020
- Auswertung und Ergebnisse der Arbeit der Arbeitsgruppen und Kompetenzzentren
- Familien, Kinder und Jugendhilfe in der Volkssolidarität
- Arbeit mit Geflüchteten und Migration

Regelmäßige Klausurtagungen dienten und dienen dem Ziel, die Zusammenarbeit des Bundesverbandes mit den Landesverbänden zu stabilisieren beziehungsweise auszubauen. Diese fanden online am 11. Dezember 2020 und 3. Dezember 2021 statt. Im Jahr 2020 wurde im Rahmen eines Workshops die Zukunftsausrichtung der Volkssolidarität erörtert. 2021 galt es, die gewonnenen Erkenntnisse auszuwerten und die künftigen Aufgaben und Schwerpunkte danach auszurichten.

Bundesverband und Bundesgeschäftsstelle hatten dabei auch den Wechsel in der Bundesgeschäftsführung zu bewerkstelligen und die Nachbesetzung der Büroleitung und des Referats Gesundheit und Pflege zu klären. Auch bahnten sich Nachbesetzungsfragen für die Referate Soziales und Öffentlichkeitsarbeit an.

### Wichtige Entscheidungen

Hinsichtlich der sozialpolitischen Interessenvertretung beschloss der Bundesvorstand die sozialpolitischen Positionen der Volkssolidarität zu Rente, Pflege und sozi-

aler Sicherung und außerdem die Positionen zur Bundestagswahl 2021 . Letztere wurden, redaktionell und grafisch aufbereitet, in einer Broschüre herausgegeben.



### "Positionen zur Bundestagswahl 2021"

[Jetzt ansehen](#)

Mit „Informationen und Wissenswertes über die Volkssolidarität 2020“  brachte der Bundesvorstand ein weiteres Druck-Erzeugnis auf den Weg.



### Broschüre "Informationen und Wissenswertes"

[Jetzt ansehen](#)

Ferner konnte der Bundesvorstand den Start des Krankentransportdienstes der Volkssolidarität Berlin gGmbH realisieren. Die hierfür erforderlichen Wirtschaftsgüter, Arbeits- und Vertragsbestandteile sowie Rechtsverhältnisse wurden durch Einzahlung in das Eigenkapital der Gesellschaft gemeinsam mit dem Landesverband Berlin erworben. Damit ist ein Vorzeigeprojekt entstanden, das zeigt, welche Synergien in verbandsübergreifender Zusammenarbeit möglich sind.



Der Bundesvorstand hat gemäß § 9 Abs. 3 der Satzung des Volkssolidarität Bundesverbandes e.V. Gremien für die fachliche Beratung und Unterstützung seiner Arbeit gebildet.

## 2. Arbeitsgruppen, Projektgruppen und weitere Initiativen

Der Bundesvorstand hat gemäß § 9 Abs. 3 der Satzung der Volkssolidarität Bundesverband e.V. Gremien für die fachliche Beratung und Unterstützung seiner Arbeit gebildet. Dazu gehören Arbeitsgruppen und Arbeitskreise, die in der Regel dem Bundesvorstand zuge-

ordnet oder der Bundesgeschäftsstelle angegliedert sind. Geleitet werden diese Gremien grundsätzlich von Bundesvorstandsmitgliedern. Die Landesverbände sind durch Vorstandsmitglieder oder hauptamtliche Mitarbeitende vertreten.

Arbeitsgruppe (AG)	Leiter*in
Mitgliederarbeit/Ehrenamt/Sozialkultur	Claudia Foltin
Sozial- und Gesundheitspolitik	Steffen-Claudio Lemme
Familienpolitik	Olaf Wenzel
Sozialberatung	Dr. Herbert Burmeister
Öffentlichkeits- und Medienarbeit	Carsten Ruhle

### Arbeitsgruppe Mitgliederverband/ Ehrenamt/Sozialkultur

Der AG MES gehören mindestens zwei Vertreter\*innen aus jedem Landesverband an, unter ihnen die jeweiligen Landesreferent\*innen für Mitgliederarbeit. Im Berichtszeitraum wurde sie von Claudia Foltin, Mitglied des Bundesvorstandes, geleitet. Die Arbeitsgruppe berät mindestens vier Mal im Jahr aktuelle und strategische Herausforderungen der Entwicklung des Mitgliederverbandes und im Bereich des freiwilligen Engagements. Das Gremium arbeitet auf Grundlage eines jährlichen Arbeitsplanes und ist verantwortlich für:

- Beratung des Bundesvorstandes bei der Strategiebildung und zur Vorbereitung von Entscheidungen im jeweiligen Tätigkeitsbereich durch entsprechende Analysen, Empfehlungen und Konzepte
- Erarbeitung von Orientierungs- und Arbeitsmaterialien zur Umsetzung von Beschlüssen des Bundesvorstandes
- Durchführung und Koordinierung von Fort- und Weiterbildungsangeboten (Workshops, Fachtagungen und Erfahrungsaustausche)



Im Berichtszeitraum beschäftigte sich die AG MES mit folgenden inhaltlichen Schwerpunkten:

- Einnahmen- und Ausgabenanalysen im Mitgliederverband auf allen Verbands-ebenen
- Gewinnen von Ehrenamtlichen mittels strategischer Ehrenamtskoordination und Schaffung neuer attraktiver Formen des Ehrenamtes im Verband (Freiwillige im Mitgliederverband sowie in den sozialen Diensten und Einrichtungen)
- Weiterentwicklung und Optimierung des Mitgliederverwaltungsprogramms
- Implementierung des Chancenpatenprogramms
- Etablierung dezentraler Fachtage/Workshops für den Bereich Ehrenamtskoordination in Kooperation mit der Akademie für Ehrenamtlichkeit Deutschland

Die Arbeit des Gremiums war maßgeblich geprägt von der Zukunftsdiskussion sowie der Kampagnenfähigkeit des Verbandes. Dabei ging es vor allem um die Fragen, wie die Freiwilligenarbeit besser gefördert werden kann und welche Strukturen die Mitgliederarbeit braucht.

Die AG MES diskutierte regelmäßig inhaltliche Neuerungen und Erkenntnisse im Bereich der Mitgliederwerbung und der Weiterentwicklung des Ehrenamtes. Außerdem organisierte sie selbst Fortbildungen und trug zu den Fortbildungsangeboten von Landes-, Kreis-, Stadt- und Regionalverbänden bei.

Aufgrund der Pandemie 2020/2021 kam die AG MES viermal virtuell zu einem Austausch zusammen. Geplante Aktivitäten mussten ausfallen. Die Anzahl der Mitglieder der AG verringerte sich aufgrund von Personalwechsel in den Landesverbänden ebenfalls.

## Arbeitsgruppe Sozial- und Gesundheitspolitik

Die Arbeitsgruppe Sozial- und Gesundheitspolitik des Bundesvorstandes wird von Steffen-Claudio Lemme, Geschäftsführer der Volkssolidarität, Landesverband Sachsen e.V., geleitet. Die Landesverbände wirken über jeweils ein bis zwei Vertreter\*innen im Gremium mit, ebenso sind sechs externe Expert\*innen Teil des Gremiums. Die Arbeitsgruppe tagte im Berichtszeitraum sechs Mal und gab wichtige Anstöße für die sozialpolitische Interessenvertretung des Verbandes.

Inhaltliche Schwerpunkte der Beratungen waren die grundlegenden Themen Rente, Armut und Reichtum in Deutschland, Gesundheit und Pflege, Wohnen und Positionen zur Bundestagswahl. Konkret wurden das Problem der Rentenbesteuerung, die Erwerbsminderungsrenten, die Rentenentwicklung Ost/West und die Bürger- beziehungsweise Erwerbstätigenversicherung sowie Rentenvorhaben der Bundesregierung aus dem Koalitionsvertrag behandelt. Zum Thema Armut und Reichtum befasste sich die AG mit dem 6. Armut- und Reichtumsbericht der Bundesregierung und dem Jahresgutachten des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes zum sozialen Zusammenhalt in Deutschland. Beim großen Thema Pflege und Gesundheit ging es um aktuelle Positionen zur Pflegereform,

zum Mindestlohn und der Tarifentlohnung in der Pflege, konkret um den Tarifvertrag der Bundesvereinigung Arbeitgeber in der Pflegebranche (BVAP), um das Gesundheitsversorgungsentwicklungsgesetz (GVWG), gute medizinische Versorgung in Stadt und Land, um das Bündnis für eine gute Pflege sowie um die einrichtungsbezogene Impfpflicht. Weiterhin thematisierte die AG eine soziale Wohnungspolitik und die Beteiligung an der Kampagne Mietenstopp. Und natürlich wurden die sozialpolitischen Forderungen der Volkssolidarität zur Bundestagswahl diskutiert.

Veranstaltungen wie im Rahmen der Reihe „Sozialpolitische Fachgespräche“, die die AG Sozialpolitik in den Jahren zuvor veranstaltet hatte, mussten im Berichtszeitraum entfallen. So war etwa im Herbst 2021 eine Veranstaltung zum Thema Altersarmut geplant, doch war die Durchführung coronabedingt nicht möglich.

Die Beratungen wurden durch die Referent\*innen für Sozialpolitik der Bundesgeschäftsstelle, bis Sommer 2020 von Xaver Ketterl, ab Januar 2021 durch Steffi Helmers, in Abstimmung mit dem Leiter der Arbeitsgruppe vorbereitet und ausgewertet und in der zweiten Jahreshälfte 2020 von Anna Knüpfung und Dr. Sophie Koch mitbetreut. Die Protokolle liegen in der Bundesgeschäftsstelle vor.



## Arbeitsgruppe Familienpolitik

Die Arbeitsgruppe Familienpolitik wurde 2017 gegründet. Vorsitzender war Olaf Wenzel, im Berichtszeitraum stellvertretender Verbandspräsident und Vorsitzender des Landesverbandes Sachsen e.V. Die Mitglieder der AG kommen aus den Landesverbänden der Volkssolidarität und bringen sowohl politische als auch praktische Erfahrungen zu den Themen Kinder, Jugend und Familie in die Arbeit mit ein. Das Gremium setzt sich in erster Linie mit kinder-, jugend- und familienpolitischen Positionen der Volkssolidarität auseinander und formuliert diesbezüglich Empfehlungen an den Bundesvorstand für die Außendarstellung des Gesamtverbandes im Themenfeld.

Die AG hat sich im Berichtszeitraum unter anderem mit folgenden Themen beschäftigt:

- vertiefte Auseinandersetzung mit dem Bündnis-Konzept zur einkommensabhängigen Kindergrundsicherung
- Umsetzung des „Gesetzes zur Weiterentwicklung der Qualität und Teilhabe in der Kindertagesbetreuung“ (KiQuTG, Gute-Kita-Gesetz) in Ländern und Kommunen
- SGB VIII – Reformprozess > Entwurf „Kinder- und Jugendstärkungsgesetz“ (KJSG) > Stellungnahme erfolgte über BAGFW
- Abstimmung und Beschluss der Inhalte zum Themenbereich Kinder, Jugend, Familie für die „Sozialpolitischen Positionen der Volkssolidarität 2020“ (Veröffentlichung Herbst 2020)
- Kommentierung und Positionierung zum „Entwurf des Ganztagsförderungsgesetzes“ (GaFöG) mit Schwerpunkt auf Qualitätsentwicklung und -finanzierung

- Beteiligung der Volkssolidarität am Corona-Kita-Rat ab Dezember 2020
- Wahlprüfsteine anhand der Wahlforderungen zu Kinder, Jugend, Familie
- Begleitung und Kommentierung des gescheiterten politischen Prozesses der Verankerung der Kinderrechte im Grundgesetz (unter anderem Appell „Kinderrechte ins Grundgesetz – Aber richtig!“ gemeinsam mit vielen anderen Verbänden)
- Wahlforderungen der Volkssolidarität der Themenbereiche Kinder, Jugend, Familie für die Bundestagswahl 2021 festlegen und formulieren plus Strategien für den Bundestagswahlkampf
- Formulierung familienpolitischer Positionen zum Sondierungspapier und zum Koalitionsvertrag

Im Mittelpunkt der inhaltlichen Arbeit 2020/2021 standen in erster Linie die Corona-Pandemie und ihre Folgen sowohl für Kinder, Jugendliche und Familien als auch für alle Angebote von Kinder- und Jugendhilfe und Schule sowie die Begleitung des Bundestagswahlkampfes mit eigenen familienpolitischen Forderungen. Es erfolgte eine enge Zusammenarbeit mit dem Paritätischen Gesamtverband, seinen ostdeutschen Landesverbänden und einigen seiner themenspezifischen Mitgliedsorganisationen sowie dem verbandsinternen Kompetenzzentrum Kinder, Jugend und Familie.



## Arbeitsgruppe Sozialberatung

Die Arbeitsgruppe Sozialberatung (AG SB) arbeitet als unterstützendes, beratendes Gremium auf der Ebene des Bundesverbandes. Vom Bundesvorstand 2012 ins Leben gerufen, hat 2018 Dr. Herbert Burmeister die Leitung der AG übernommen.

Die Arbeitsgruppe verfolgt das Anliegen der Volkssolidarität, Mitglieder und andere Ratsuchende zu sozialen Fragen und Problemen zu informieren, aufzuklären und Hilfe zur Selbsthilfe anzubieten.

Die Landesverbände Berlin, Brandenburg, Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt bringen über ihre Vertreter\*innen vielfältige Erfahrungen aus der Tätigkeit in der Sozialberatung ein, um sich gemeinschaftlich den Herausforderungen und Aufgaben der Sozialberatung als Zukunfts- und Querschnittsaufgabe zu stellen.

Die Zusammenarbeit mit Akteuren der Sozialberatung innerhalb des Verbandes als auch in Netzwerken folgt dem Anspruch, Menschen mit sozialen, finanziellen gesundheitlichen und familiären Problemen zu informieren, zu beraten und zu unterstützen. Beratung durch die Volkssolidarität bedeutet für die Mitglieder der Arbeitsgruppe Verständnis, Einfühlungsvermögen und professionelle Hilfe.

Schulung und Qualifizierung von Sozialberater\*innen liegen der Arbeitsgruppe Sozialberatung ebenso wie die interne und externe Vernetzung am Herzen. Deshalb führt die AG Sozialberatung regelmäßig Fachveranstaltungen und Workshops zum Thema Sozialberatung durch, um gezielt den Wissenstransfer der Mitarbeiter\*innen zu fördern.



Regelmäßige Beratungen sichern den aktuellen und praxisbezogenen Austausch unter den AG-Mitgliedern. Dabei nutzen die Mitglieder auch die Gelegenheit, vor Ort Sozialberatungseinrichtungen kennenzulernen und sich über moderne Beratungsmethoden auszutauschen.

Im Berichtszeitraum wurde monatlich ein Fall des Monats veröffentlicht, welcher durch den Landesverband Sachsen-Anhalt e.V. erstellt wurde. Im Fall des Monats werden aktuelle sozialrechtliche Themen in einfacher Sprache und verständlich dargestellt. Die Veröffentlichung erfolgte ab 2021 als Rundmail über den Newsletter des Bundesverbandes, an die in der Sozialberatung Tätigen und an die Landesverbände der Volkssolidarität.

Durch die weitergehende Erarbeitung von Materialien, Handreichungen, Broschüren sowie Informationen zum Thema Sozialberatung leistete das Gremium einen wichtigen Beitrag zur Qualitätssicherung.

## Arbeitsgruppe Öffentlichkeits- und Medienarbeit

Das Gremium wird von Carsten Ruhle, Vorsitzender des Volkssolidarität Landesverbandes Thüringen e.V., geleitet. Die Landesverbände wirken über je eine\*n Vertreter\*in im Gremium mit. Im Berichtszeitraum war Anna Knüpfung die fachlich zuständige Referentin der Bundesgeschäftsstelle.

Die Arbeitsgruppe fand sich zu insgesamt sieben Beratungen zusammen. Zu den Schwerpunkten des Gremiums zählten die Außendarstellung des Verbandes, Kampagnen, der Ausbau digitaler Medien und die weitere Konzeption und Organisation des 75. Jahrestages der Volkssolidarität. Letzterer konnte aufgrund der Pandemie am Ende nicht so begangen werden, wie es ursprünglich geplant war.



Das Gremium stellte sich im Auftrag des Bundesvorstandes im Berichtszeitraum folgenden Aufgaben:

- regelmäßiger Informationsaustausch zwischen den Mitgliedern der AG sowie den Verbandsgliederungen, um die verbandsinterne Kommunikation zu optimieren

- kontinuierlicher Austausch zu Fragen der Öffentlichkeits- und Medienarbeit
- beiderseitige Unterstützung bei Maßnahmen der Öffentlichkeits- und Medienarbeit
- beiderseitiger Austausch von Inhalten für die regelmäßigen Medien und Publikationen der Verbandsebenen und Verbandsgliederungen
- gemeinsame Entwicklungen von verbandsweiten Maßnahmen und Kampagnen, um das Image der Volkssolidarität zu stärken
- Qualifizierung der Öffentlichkeits und Medienarbeit im Verband, unter anderem durch die Unterstützung der Verbandsgliederungen durch Mustervorlagen, Workshops, Handreichungen und Ähnliches
- Weiterentwicklung des Social-Media-Konzepts für die Volkssolidarität
- monatliche Herausgabe des Newsletters der Volkssolidarität
- Beratung und inhaltliche Betreuung zum Relaunch, zum neuen Internetauftritt und möglichen Anschluss von Gliederungspräsenzen an die neue Website
- Weiterbetreuung der Arbeitgeberkampagne #GutesImSinn
- weitere Organisation rund um den 75. Jahrestag der Volkssolidarität
- kontinuierlicher Ausbau des Presseverteilers

## Weitere Arbeits- oder Projektgruppen

Die folgenden Gruppen widmeten sich konkreten Anlässen und Vorhaben.

### Arbeitsgruppe Neustrukturierung Bundesvorstand

Der Bundesvorstand hat im Juli 2021 die Arbeitsgruppe Neustrukturierung Bundesvorstand ins Leben gerufen, als Ergebnis der Bundesdelegiertenversammlung 2020 und der gefassten Beschlusslage, die Strukturen des Bundesvorstandes zu bewerten und alternative Vorschläge für die Bundesdelegiertenversammlung 2022 zu unterbreiten. Die Arbeitsgruppe besteht aus vier Vorstandsmitgliedern, die auch die Länder Berlin, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen vertreten. Die AG war jederzeit geöffnet für die Teilnahme Mecklenburg-Vorpommerns und Brandenburgs. Die AG hat in mehreren Sitzungen den Entwurf eines neuen Satzungsmodells erarbeitet und auch zu Fragen der Finanzierung beraten. Die Arbeitsergebnisse wurden kontinuierlich im Vorstand präsentiert und mündeten in vorbereitende Beratungen mit den Stadt-,

Kreis- und Regionalverbänden. Der Bundesgeschäftsführer betreut die Arbeitsgruppe als hauptamtlich zuständiger Mitarbeiter.

### Projektgruppe 75. Jahrestag – Tradition und Gegenwart

Leiter: Dr. Wolfram Friedersdorff

Der 75. Jahrestag der Gründung der Volkssolidarität 2020 liegt nur wenige Tage nach dem 30. Jahrestag des Anschlusses der DDR an die Bundesrepublik. Die Projektgruppe 75. Jahrestag plante und konzipierte die Festveranstaltung im Oktober 2020 im Kulturpalast Dresden und die Publikation „75 Gesichter der Volkssolidarität“, in der 75 Personen porträtiert werden sollen. Wegen der Pandemie konnte die Festveranstaltung bedauerlicherweise nicht stattfinden.

### Projektgruppe Einkaufsgemeinschaft

Leiter: Carsten Ruhle

Ab Juni 2019 plante und organisierte die Projektgruppe Einkaufsgemeinschaft einen bundesweiten Einkaufsverbund der Volkssolidarität in Zusammenarbeit mit der ABG, Altenhilfe Beratungs GmbH, Stuttgart. Im Berichtszeitraum wurde die Arbeit fortgeführt.



## Hausnotruf des Bundesverbandes

Dem Bundesverband Hausnotruf gehören, neben anderen gemeinnützigen Trägern und privaten Unternehmen, der Volkssolidarität Bundesverband e.V., der Landesverband Mecklenburg-Vorpommern e.V. und die Volkssolidarität Hausnotruf VHN GmbH in Chemnitz an. Mitglieder des Verbandes sind grundsätzlich Organisationen oder Firmen mit Hausnotruf als Dienstleistung oder mit Hausnotrufzentralen. Der Verband repräsentiert mit über 90 Prozent aller Dienstleister in diesem Bereich die Branchenmehrheit und vertritt damit auch die Interessen der dortigen Wohlfahrtsverbände und Hilfsorganisationen. Die Mitgliedsorganisationen beteiligen sich an der gemeinsamen Gestaltung des Hausnotrufes in der Volkssolidarität und ermöglichen älteren und pflegebedürftigen Menschen, länger selbstbestimmt in der eigenen Umgebung zu leben. Ein Notrufsystem gewährleistet bei unerwarteten Ereignissen und in Notsituationen schnelle und umfassende Hilfe rund um die Uhr. Insgesamt nutzen rund 10.000 Menschen einen der Hausnotruf-Anbieter der Volkssolidarität.

## Externe Arbeitsgruppen, Fachgremien und Bündnisse

Der Bundesverband arbeitete im Berichtszeitraum in verschiedenen Gremien und Projekten anderer Verbände und Organisationen mit.

Die Präsidentin wurde in den Verbandsrat und in den Vorstand des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes gewählt. Die Präsidentin und der Bundesgeschäftsführer vertraten die Volkssolidarität in der Konferenz überregionaler Mitgliederorganisationen.

### Übersicht der Mitwirkung in externen Arbeitsgruppen, Fachgremien und Bündnissen 2020/2021

Die Volkssolidarität wirkt darüber hinaus in folgenden Bereichen mit:

- Arbeitskreis Paritätische Juristinnen und Juristen
- Arbeitskreis Kindertagesstätten des Paritätischen Gesamtverbandes



© Der Paritätische Gesamtverband | Stephanie von Becker

- Arbeitskreis Familie des Paritätischen Gesamtverbandes
- Arbeitskreis Schulische Bildung des Paritätischen Gesamtverbandes
- Arbeitskreis Gesundheit des Paritätischen Gesamtverbandes
- Arbeitskreis Altenhilfe und Pflege des Paritätischen Gesamtverbandes
- Arbeitskreis „Hilfe für Menschen in besonderen sozialen Schwierigkeiten“ des Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge e. V.
- Fachkommission Gesundheit und Pflege
- Fachkommission Freiwilliges Engagement und gesellschaftliche Teilhabe
- Arbeitsgruppe Neue Medien
- Bundesverband deutscher Pressesprecher (BdP)
- Onlinescout-Programm „Wir sind Parität“ im Rahmen des Projekts #GleichImNetz des Paritätischen Gesamtverbandes
- Bündnis #Unteilbar
- Fachgruppe Sozialwirtschaft und Sozialwesen
- Netzwerk für eine gerechte Rente (unter anderem DGB, Sozialverbände, Seniorenorganisationen)
- Ratschlag Kinderarmut
- Bündnis Kindergrundsicherung
- Initiative „Kinderrechte ins Grundgesetz“



- Bündnis Reichtum umverteilen – ein gerechtes Land für alle
- Bündnis für gute Pflege
- Bündnis für ein menschenwürdiges Existenzminimum
- Bundesverband Hausnotruf
- Aktionsbündnis Klimaschutz (läuft über das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit)
- Bundesvereinigung Arbeitgeber in der Pflegebranche (BVAP)

Die Volkssolidarität wirkte in der Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen (BAGSO) mit, wobei der Bundesgeschäftsführer im Jahr 2021 in deren Vorstand gewählt wurde. Außerdem arbeitete die Volkssolidarität unter anderem mit dem Deutschen Kinderhilfswerk (DKHW) und der Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) an einem Eckpunktepapier und einer Empfehlung zur Umsetzung der EU-Kindergarantie.



Die Kompetenzzentren des Bundesverbandes bei den Landesverbänden sollen als Informations- und Kommunikationsplattformen für die fachliche Arbeit der Verbandsgliederungen wirken.

## 3. Kompetenzzentren des Bundesverbandes

Die Kompetenzzentren des Bundesverbandes bei den Landesverbänden sollen als Informations- und Kommunikationsplattformen für die fachliche Arbeit der Verbandsgliederungen wirken. Sie sollen dazu beitragen, Wissen zu vermitteln und die Akteure des Verbandes in den Arbeitsgebieten miteinander zu vernetzen.

### Aufgaben der Kompetenzzentren

- Unterstützung und Beratung des Bundesvorstandes bei der Strategiebildung und der Vorbereitung von Entscheidungen im jeweiligen Tätigkeitsbereich durch entsprechende Analysen, Empfehlungen und Konzepte
- Erarbeitung und Entwicklung fachbezogener und verbandsspezifischer Handreichungen und Arbeitsmaterialien
- Stellungnahme zu sozialen oder sozialpolitischen Entwicklungen im jeweiligen Tätigkeitsbereich und Erarbeitung von Verbandspositionen
- Vorbereitung und Durchführung von Veranstaltungen

Die Kompetenzzentren werden von Vertreter\*innen der Landesverbände geleitet sowie fachlich und organisatorisch von den jeweils zuständigen Referent\*innen der Bundesgeschäftsstelle begleitet und unterstützt. Die Mitglieder kommen aus allen Landesverbänden. Die Gremien arbeiten mit dem Bundesvorstand und der Geschäftsstelle des Bundesverbandes zusammen.

### Kompetenzzentrum Pflege

Das Kompetenzzentrum Pflege fördert den fachlichen Austausch der Landesverbände in den Bereichen ambulante und stationäre Pflege. Verantwortlich sind die Landesverbände der Volkssolidarität in Sachsen-Anhalt, Berlin und Brandenburg. Das Kompetenzzentrum Pflege wurde im Berichtszeitraum von Andreas Lasseck, Vorsitzender des Stadtverbandes Chemnitz und Geschäftsführer der Euro Plus Senioren-Betreuung GmbH, geleitet. Inhaltlich hat Marlene Mann als Referentin das Kompetenzzentrum betreut.

Das Kompetenzzentrum setzte sich im Berichtszeitraum mit aktuellen Tendenzen, Entwicklungen und Gesetzesänderungen im Pflegebereich auseinander und bewertete diese strategisch für den Gesamtverband. Schwerpunktthemen in den Jahren 2020 und 2021 waren unter anderem Entwicklungen in Zusammenhang mit der Corona-Pandemie, Inkrafttreten und Umsetzen des Gesundheitsversorgungsweiterentwicklungsgesetzes (GVWG), Umsetzung des Pflegeberufes-Gesetzes (generalisierte Pflegeausbildung) und Personalbemessung in der stationären Pflege.

Im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Pflegefachtag“ veranstaltete das KPZ Pflege im Berichtszeitraum gemeinsam mit der Bundesgeschäftsstelle am 16. November und 15. Dezember 2021 zwei Fachtagungen jeweils zum Thema „Anwerben pflegerischer Fachkräfte aus dem Ausland“.



### Kompetenzzentrum Familie, Kinder und Jugend

Das Kompetenzzentrum Familie, Kinder und Jugend arbeitet seit 2007 als praxisbezogenes Gremium auf der Organisationsebene des Bundesverbandes/Bundesvorstandes. Die Mitglieder des Kompetenzzentrums kommen aus allen Landesverbänden der Volkssolidarität und bringen vielfältige Erfahrungen aus der Arbeit mit Kindern, Jugendlichen und deren Familien in die Arbeit mit ein – sowohl aus der Ebene von Management und Verwaltung als auch aus der unmittelbaren Verantwortung bei der Umsetzung von Leistungen aus dem SGB VIII (Kindertageseinrichtungen, offene Kinder- und Jugendarbeit, Hilfen zur Erziehung etc.).

Austausch, Kooperation und Zusammenarbeit passieren dabei allzeit im Sinne des gesamten Verbandes für alle Verbandsebenen und alle Einrichtungen, denen das Engagement der Volkssolidarität für Kinder, Jugendliche und deren Familien am Herzen liegt. Das Kompetenzzentrum setzt sich stets mit aktuellen Themen und Fragestellungen der Praxis auseinander (im Berichtszeitraum unter anderem Umsetzung des KJSG, Inklusion, pädagogische Arbeit unter pandemischen Bedingungen, Ganztags & Hort, Finanzierungsfragen sowie Fragen

der Mitgliedergewinnung in den Einrichtungen, Fachkräftemangel und so weiter).

Ziel ist die Sicherung der Qualität in den verbandeigenen Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe. In Fachtagungen, Workshops, Handreichungen, Strategiepapieren und Qualitätsstandards erarbeitet das KPZ Grundlagen des Gesamtverbandes für dessen sozialpädagogische Arbeit. Von den Ergebnissen sollen alle Verbandsebenen profitieren, die sich für Kinder, Jugendliche und Familien engagieren. Pädagogische Fachkräfte aus allen Arbeitsbereichen der Kinder- und Jugendhilfe werden regelmäßig informiert und mit Materialien und Hinweisen unterstützt.

#### Das Kompetenzzentrum hat sich im Berichtszeitraum unter anderem mit folgenden Themen beschäftigt:

- Folgen der Corona-Pandemie für die Kindertagesbetreuung (Auswirkungen von Schließungen, Hygienemaßnahmen, Ausbruchsgeschehen und Impfquote auf pädagogische Arbeit, Erziehungspartnerschaften und Teamentwicklung)
- Themenbesprechung für den Corona-Kita-Rat des Bundesfamilienministeriums (regelmäßige Befragung des KPZ und der VS-Einrichtungen im Vorfeld des Rates)
- Umfrage zur Situation der Kinder- und Jugendhilfe im Gesamtverband > Retrospektive Corona (gesellschaftliche Erkenntnisse, berufliche Erkenntnisse, Kinder- und Jugendhilfe)
- Fachkräftegewinnung für die Kindertagesbetreuung (Anforderungen an Bundes- und Landespolitik, Aufgaben der Träger und Einrichtungen, Zulassungsvoraussetzungen, Sicherung des Fachkräfteangebotes etc.)

- Umsetzung des Gute-Kita-Gesetzes in Ländern und Einrichtungen der VS
- SGB VIII – Reform > Folgen für die Praxis
- Bedeutung des Ganztagsförderungsgesetzes (GaFöG) für die Horte der Volkssolidarität
- Kooperation mit Forschungsprojekt in ambulanten Erziehungshilfen zu den Themen Sexualität und sexualisierte Gewalt
- Kita-Klimaprojekt (Konzeptarbeit)
- Masernschutzgesetz – Umsetzung in der Kinder- und Jugendhilfe
- Vorbereitung und Durchführung von Online-Workshops
- arbeitsfeldspezifische Telefon- und Videokonferenzen für pädagogische Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe als Austauschforen

Im Mittelpunkt der inhaltlichen Arbeit standen die Themen Corona-Pandemie, Fachkräftegewinnung, das Ganztagsförderungsgesetz sowie die Auswirkungen der beschlossenen Reform des SGB VIII durch das KJSG. Hierzu erfolgte eine enge Zusammenarbeit mit dem Paritätischen Gesamtverband und seinen ostdeutschen Landesverbänden.

Die Mitglieder des Gremiums besuchten die Kita „Theo & Dora“ der Volkssolidarität Berlin.

Béla Ullmann, der das Kompetenzzentrum seit 2017 leitet, und Dr. Sophie Koch, Referentin für Kinder-, Jugend- und Familienpolitik des Bundesverbandes, brachten Sichtweisen und Erfahrungen der Arbeitsgruppe Familienpolitik des Bundesverbandes in die Beratungen ein.



Die Bundesgeschäftsstelle ist ein funktionales Organ des Bundesverbandes und handelt im Auftrag des Bundesvorstandes. Grundlagen für ihre Arbeit sind die Satzung, die Beschlüsse und Orientierungen der Bundesdelegiertenversammlung sowie die Beschlüsse des Bundesvorstandes.

## 4. Bundesgeschäftsstelle

Die Bundesgeschäftsstelle ist ein funktionales Organ des Bundesverbandes und handelt im Auftrag des Bundesvorstandes. Grundlagen für ihre Arbeit sind die Satzung, die Beschlüsse und Orientierungen der Bundesdelegiertenversammlung sowie die Beschlüsse des Bundesvorstandes. Sie übernimmt im Auftrag des Bundesvorstandes Verwaltungs-, Service- und Beratungsaufgaben für den Bundesverband. Dazu gehört auch, bei der Strategiebildung im Verband und in der verbandspolitischen Diskussion mitzuwirken sowie diese zu unterstützen, indem entsprechende Diskussionsmaterialien und Entwicklungskonzepte erarbeitet werden.

Ausgehend von den drei Hauptbereichen des Wirkens der Volkssolidarität – dem Mitgliederverband, der sozialpolitischen Interessenvertretung und den sozialen Dienstleistungen – übernahm die Bundesgeschäftsstelle im Berichtszeitraum folgende Aufgaben:

- organisatorische und personelle Reform der Bundesgeschäftsstelle
- Umgang mit der Corona-Pandemie im Innen- und Außenverhältnis
- Kontakt zum Bundestag, zu Bundesministerien sowie zu Behörden, Institutionen und Vereinigungen auf Bundesebene
- 2020 und 2021 gelang es, stabile Arbeitsbeziehungen zum Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und zahlreichen anderen Sozial- und Interessenverbänden (Zukunftsforschung Familie, Deutscher Kinder-

schutzbund, Deutsches Kinderhilfswerk, Arbeiterwohlfahrt, Verband alleinerziehender Mütter und Väter, Diakonie und weitere) auf- und auszubauen

- Organisation und Durchführung der Bundesdelegiertenversammlung 2020
- Vor und Nachbereitung der Sitzungen des Bundesvorstandes und der Arbeitsgruppen, der Beratungen der Kompetenzzentren und der Veranstaltungen des Bundesverbandes
- die Bundesgeschäftsstelle und der Bundesvorstand wurden in verschiedene Diskussionsprozesse der und zwischen Gliederungen miteinbezogen
- Organisation von Fachkongressen, Foren, Erfahrungsaustauschen und Tagungen
- Erarbeitung und Herausgabe von Informations- und Arbeitsmaterialien, insbesondere die jährlich erscheinende Broschüre „Informationen und Wissenswertes“
- Vorbereitung und Durchführung der Beratungen mit den Landesgeschäftsführer\*innen
- Beantragung von Fördermitteln und Einwerbung von Spendengeldern
- Durchsetzung der Markenrechte im und für den Verband
- Begleitung der Arbeit von Ratingen und Castrop-Rauxel

- Gründung von Gesellschaften wie die Krankentransportdienst der Volkssolidarität Berlin gGmbH (KTG)
- Relaunch der Website volkssolidaritaet.de und optionale Bereitstellung der Plattform für alle interessierten Gliederungen
- Kampagnen wie #GutesImSinn, gemeinsam mit den Landes-, Stadt-, Kreis- und Regionalverbänden

Der Bundesgeschäftsführer legte gemäß der Geschäftsordnung in den Sitzungen des Bundesvorstandes regelmäßig Rechenschaft über die Tätigkeit der Geschäftsstelle ab.

### Neustrukturierung der Bundesgeschäftsstelle

Bis einschließlich Mai 2021 war Alexander Lohse Bundesgeschäftsführer der Volkssolidarität. Die Referate Flucht und Migration, Sozialberatung und Recht sowie Mitgliederarbeit und Ehrenamt wurden im Berichtszeitraum geschlossen. Die Arbeitsbereiche IT/Kommunikation sowie Finanzen wurden in die Dienstleistungsgesellschaft des Landesverband Berlin ausgelagert. Das Referat Sozialpolitik wurde ab Januar 2021 mit der Referentin Steffi Helmers, das Referat Gesundheit und Pflege ab Juni 2021 mit der Referentin Marlene Mann neu besetzt.

Seit dem 1. Juni 2021 ist Sebastian Wegner neuer Bundesgeschäftsführer der Volkssolidarität. Er bringt die weitere Neustrukturierung der Bundesgeschäftsstelle voran.

Sebastian Wegner, Bundesgeschäftsführer, wirkte mit seinen zuständigen Referent\*innen an Veranstaltungen der Verbandsgliederungen beziehungsweise anderer Organisationen mit. Im Berichtszeitraum geschah

dies unter anderem am 6. September 2021 bei einem Vortrag und anschließender Podiumsdiskussion mit Bundestagskandidaten der Berliner Parteien zum Thema „Kindergrundsicherung“ beim 11. Berliner Sozialgipfel.



### Arbeitsbereich Mitgliederverband/ Ehrenamt/Sozialkultur

Die Bundesgeschäftsstelle erfüllte im Bereich Mitgliederverband, Ehrenamt und Verbandsarbeit wichtige Aufgaben für den Bundesverband und die Volkssolidarität als Gesamtverband. Als zuständiger Referent war hier Jan Gaubert bis Ende Februar 2021 tätig. Neben der Begleitung der AG MES arbeitete der zuständige Referent an folgenden Schwerpunkten:

- Planung und Durchführung von Fortbildungsveranstaltungen im Verband (Redebeiträge, Moderation)
- Fördermittelakquise im Bereich Chancenpatenschaftsprogramm und Veranstaltungsförderung (Beantragung/Koordination/Berichterstattung/ Abrechnung aller durch den Bundesverband organisierten Veranstaltungen)

- Unterstützung/Koordination des Verbandes im Bereich Hausnotruf
- Teilnahme an Veranstaltungen von Landes-, Kreis-, Stadt- und Regionalverbänden
- Teilnahme als Vertreter der Volkssolidarität an externen Veranstaltungen des BBE und der BAGSO (aktiv durch Präsentationen und Vorträge)
- Unterstützung bei der Planung, Koordination und Durchführung der jährlichen Auszeichnungsveranstaltung (Vorbereitung und Laudationen)
- Planung und Koordinierung im Austausch mit unserer französischen Partnerorganisation Secours populaire français
- Unterstützung der öffentlichen Darstellungen des Mitgliederverbandes und des Ehrenamtes in der Volkssolidarität

### Arbeitsbereich Sozialpolitik

Verantwortliche Referent\*innen für diesen Bereich waren im Berichtszeitraum Xaver Ketterl (allgemeine Sozialpolitik, Gesundheits- und Pflegepolitik), danach Steffi Helmers sowie Dr. Sophie Koch (Kinder-, Jugend- und Familienpolitik). Schwerpunkte ihrer Tätigkeiten waren die inhaltlichen und konzeptionellen Grundlagen für die sozialpolitische Interessenvertretung als satzungsgemäße Aufgabe des Bundesverbandes.

Im Berichtszeitraum zeichneten unter anderem folgende Aktivitäten die sozialpolitische Interessenvertretung des Bundesverbandes der Volkssolidarität aus:

- Erstellung der Sozialpolitischen Positionen der Volkssolidarität, September 2020

- Erstellung und Veröffentlichung und Übermittlung einer schriftlichen Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Einführung der Grundrente für langjährig in der gesetzlichen Rentenversicherung Versicherte mit unterdurchschnittlichem Einkommen und für weitere Maßnahmen zur Erhöhung der Alterseinkommen (Grundrentengesetz – GruReG) an das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) am 20.01.2020
- Beteiligung an der Gründung der „Sozialen Plattform Wohnen – Für eine menschenwürdige Wohnungspolitik“, mit der sich acht Wohlfahrts-, Sozial- und Fachverbände für Menschen engagieren, die auf dem derzeitigen Wohnungsmarkt kaum Chancen haben, 17.03.2020
- Erstellung einer Pressemitteilung vom Präsidenten Dr. Friedersdorff: „Bericht der Rentenkommission zeigt keine Perspektiven auf“



- Erstellung und Veröffentlichung und Übermittlung einer schriftlichen Stellungnahme zum Entwurf der Rentenwertbestimmungsverordnung RWBestV 2020 am 08.04.2020



- Erstellung einer Presseerklärung des Präsidenten zum „Geschacher um die Grundrente“, 14.05.2020
- Erstellung einer Erklärung zur Studie „Vielfalt der Einheit“ unter dem Titel „Volksolidarität warnt vor Überalterung des Ostens“, 14.09.2020
- Beteiligung an breitem Bündnis von 36 bundesweiten Verbänden am Aufruf „Soforthilfen für die Armen – Jetzt!“, darin unter anderem die Forderung, die Regelsätze sofort auf mindestens 600 Euro anzuheben am 25.01.2021
- schriftliche Stellungnahme zur „Raumordnungsprognose 2040“ des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung, April 2021
- Erstellung, Veröffentlichung und Übermittlung einer schriftlichen Stellungnahme und Pressemitteilung zum 6. Armut- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, 09.04.2021
- Erstellung und Veröffentlichung und Übermittlung einer schriftlichen Stellungnahme zum Entwurf der Rentenwertbestimmungsverordnung (RWBestV) 2021 am 09.04.2021
- Teilnahme am 3. Symposium des BMAS am 19.04.2021 und am Fachgespräch des BMAS am 14.04.2021 zum 6. ARB der BReg
- im bundesweiten Aufruf „Für Umverteilung und eine gerechte Gesellschaft“ fordert der Bundesverband der Volksolidarität gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Organisationen, Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft Verdi insbesondere die bei den Bundestagswahlen antretenden Parteien auf, die Weichen für einen Kurswechsel für die Stärkung des Sozialstaates und den notwendigen Umbau von Gesellschaft und Wirtschaft zu stellen, 17.05.2021
- Beteiligung am Digitalen Aktionskongress unter dem Motto "Armut? Abschaffen!" vom 10.-12.06.2021
- Beteiligung am Appell an Bundesregierung (in Bildung) „Versteckte Kürzungen bei den Ärmsten stoppen – Rote Linie bei Hartz IV und Co.“, 08.10.2021
- Beteiligung am Appell des Netzwerks Gerechte Rente „Auf eine starke gesetzliche Rente setzen“, 29.10.2021

- Beteiligung am 13. Deutschen Seniorentag und der Erklärung der BAGSO und ihrer 125 Mitgliedsorganisationen am 25.11.2021
- Erstellung einer Stellungnahme/ Pressemitteilung zum Koalitionsvertrag der Ampel-Regierung am 03.12.2021
- Erstellung, Veröffentlichung und Übermittlung einer Stellungnahme an das BMAS zum Entwurf eines Gesetzes zur Rentenanpassung 2022 und zur Verbesserung von Leistungen für den Erwerbsminderungsrentenbestand, 30.03.2022
- Forderung nach sofortigem Ende der Sanktionen auf SGB-II-Leistungen, vor allem in Familien
- Berufung als ordentliches Mitglied im Corona-Kita-Rat mit Expertise Ostdeutschland ab Dezember 2020
- Forderung nach priorisierter Impf- und Teststrategie für pädagogische Fachkräfte
- Mitunterzeichnung des Appells „Kinderrechte ins Grundgesetz – aber richtig!“ des Aktionsbündnis' Kinderrechte

#### **Bereich Kinder-, Jugend- und Familienpolitik**

- mehrmalige und nachdrückliche Forderung nach der Einführung einer Kindergrundsicherung im Rahmen familienpolitischer Maßnahmen und Initiativen sowie den Folgen der Corona-Pandemie (zum Beispiel im Rahmen der Einführung digitaler Familienleistungen und beim 11. Berliner Sozialgipfel)
- Forderung nach Anerkennung spezifischer Bedarfe und Problemlagen ostdeutscher Kindertagesbetreuung
- Diskussionsbeitrag zur Abschaffung der Kostenheranziehung von Jugendlichen
- wiederholte Forderungen nach Offenhaltung von Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe im Sinne des Kinderschutzes unter Sicherstellung des Gesundheitsschutzes pädagogischer Fachkräfte
- Kommentierung zum „Zweiten Gesetz zur steuerlichen Entlastung von Familien sowie zur Anpassung weiterer steuerlicher Regelungen (Zweites Familienentlastungsgesetz – 2. FamEntlastG)“
- Erstellung einer schriftlichen Stellungnahme zum „Entwurf des Ganztagsförderungsgesetzes (GaFöG)“
- Mitunterzeichnung einer gemeinsamen Erklärung „Gemeinsam gegen Kinderarmut – Eine für alle – Kindergrundsicherung jetzt!“ einer breiten Allianz von 22 zivilgesellschaftlichen Organisationen, Verbänden und Gewerkschaften
- schriftlicher Kommentar zum GEW- Diskussionsbeitrag "Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher zukunftsfähig gestalten"
- Beteiligung an breitem Bündnis aus 61 Verbänden, Gewerkschaften, zivilgesellschaftliche Organisationen sowie Einzelpersonen in der Kampagne #4JahreGegenKinderarmut mit der Forderung Kinderarmut in der kommenden Legislaturperiode effektiv zu bekämpfen und konkrete Maßnahmen auf den Weg zu bringen
- Mitunterzeichnung des Positionspapiers von GEW, AWO und KTK zur Aufnahme eines Bundesqualitätsgesetzes für Kindertageseinrichtungen in den Koalitionsvertrag

- schriftliche Kommentierung und Stellungnahmen von Sondierungspapier und Koalitionsvertrag aus kinder-, jugend- und familienpolitischer Perspektive
- redaktionelle Arbeit der Broschüre „Sozialpolitische Forderungen der Volkssolidarität 2020“
- redaktionelle Arbeit an den „Wahlforderungen der Volkssolidarität zur Bundestagswahl 2021“
- Mitarbeit an den Wahlprüfsteinen der Volkssolidarität
- Mitarbeit an der Erstellung einer Synopse aller Wahlprogramme demokratischer Parteien zur Bundestagswahl
- Beteiligung und Mitarbeit im „Bündnis KINDERGRUNDSICHERUNG“
- Beteiligung und Mitarbeit in informellen Arbeitsgruppen von DKHW und AGF zur Umsetzung der EU-Kindergarantie in Deutschland
- Beteiligung und Mitarbeit im Paritätischen Arbeitskreis Kindertageseinrichtungen (AK TAG)
- Beteiligung und Mitarbeit im Paritätischen Arbeitskreis Familie (AK FAM)
- Beteiligung und Mitarbeit im Paritätischen Arbeitskreis Schulische Bildung
- Information, Aufklärung und Unterstützung verbandseigener Strukturen der Kinder- und Jugendhilfe zu aktuellen Themen der Kinder-, Jugend- und Familienpolitik

### Arbeitsbereich Sozialberatung

Die zuständige Referentin Steffi Helmers ist verantwortlich dafür, die Sozialberatung in der Volkssolidarität inhaltlich und konzeptionell zu unterstützen, zu koordinieren und zu qualifizieren.

Sie begleitet die Arbeitsgruppe Sozialberatung und unterstützt deren Arbeit inhaltlich und konzeptionell. Zu ihren weiteren Aufgaben gehören Rechtsfragen, die die Arbeit des Verbandes, des Vorstandes und der Geschäftsführung betreffen. Darüber hinaus beantwortet sie Fragen von Ratsuchenden, die beim Bundesverband eingehen.

Im Berichtszeitraum oblag ihr maßgeblich die Vorbereitung und Durchführung der Bundesdelegiertenversammlung 2020.

### Arbeitsbereich Flucht und Migration

Bis Februar/ März 2020 war Anne-Sarah Shiferaw als Koordinatorin für Flucht und Migration im Bundesverband der Volkssolidarität tätig. Der Fachbereich wurde über das Förderprogramm der Integrationsbeauftragten des Bundes „Koordinierung, Qualifizierung und Förderung des ehrenamtlichen Engagements für Flüchtlinge“ gefördert. Schwerpunkte waren dabei die Unterstützung, Beratung und Förderung des Engagements für Geflüchtete in den Projekten der Volkssolidarität.

Die Koordinatorin begleitete zudem das Kompetenzzentrum Flucht und Migration, den Arbeitskreis Flüchtlinge des Paritätischen Gesamtverbandes und den Integrationsbeirat Marzahn-Hellersdorf.

Die Projektförderung wurde zum Jahresende 2020 eingestellt.



### Arbeitsbereich Öffentlichkeits- und Medienarbeit

Im Bereich der Medien- und Öffentlichkeitsarbeit erfüllt die Bundesgeschäftsstelle wichtige Aufgaben für den Bundesverband und die gesamte Volkssolidarität. Sie hat dabei eine Dienstleistungsfunktion. Im Berichtszeitraum war Anna Knüpfung als Referentin verantwortlich für diesen Bereich.

Im Berichtszeitraum galt es zunächst, den Herausforderungen rund um die Coronapandemie und einer in dieser Form nie dagewesenen Situation zu begegnen und beispielsweise digitale Formate zu schaffen, um den Austausch zwischen den Verbänden und darüber hinaus zu gewährleisten. Ziel war zudem, das Kommunikationskonzept der Volkssolidarität weiterzuentwickeln und die Öffentlichkeitsarbeit für die Jahre 2021 und 2022 zu planen. Zum Tagesgeschäft zählte, die Volkssolidarität mit ihren Leistungen, Angeboten und Positionen in der Öffentlichkeit noch bekannter und er-

kennbar zu machen, die Transparenz zu stärken und die mediale Digitalisierung voranzubringen.

Die Medien- und Öffentlichkeitsarbeit des Bundesverbandes war im Berichtszeitraum durch verschiedene Aktivitäten und Höhepunkte gekennzeichnet. Sie wurde ebenso durch sozialpolitische Entwicklungen bestimmt. Der Verband wurde von den Medien als kompetenter Ansprechpartner zu sozialen und sozialpolitischen Themen ausgewählt. Tageszeitungen, Hörfunk und Fernsehen sowie Fachzeitschriften, Soziale Medien und Online-Magazine veröffentlichten im Berichtszeitraum zahlreiche Beiträge und Stellungnahmen des Verbandes zu Problemen der sozialen Arbeit und sozialpolitischen Themen sowie zu Verbandsfragen.

Die Auswertung der externen Medienresonanz erzielte eine signifikant höhere Zahl, in denen die Volkssolidarität zitiert oder über sie berichtet wurde, als im vorherigen Berichtszeitraum.



Das steht in Verbindung mit der in den vergangenen Jahren gestiegenen Zahl von versendeten Pressemitteilungen (im Berichtszeitraum wurden 75 Pressemitteilungen versandt), dem kontinuierlichen Aufbau und der Pflege von Pressekontakten, der Organisation von Interviews und Stellungnahmen sowie zahlreichen Veranstaltungen, der Nutzung neuer Formate und Kanäle und den Aktivitäten in sozialen Netzwerken.

Thematische Schwerpunkte der Medien- und Öffentlichkeitsarbeit im Berichtszeitraum waren die sozialpolitischen Entwicklungen insbesondere auf den Gebieten der Sozial-, Gesundheits-, Familien- und Rentenpolitik sowie die soziale Entwicklung in den neuen Bundesländern, die Aktivitäten im Verband, der Ausbau von digitalen Medien, Nutzung von sozialen Netzwerken und die Neugestaltung des VS-Shops. Hinzu kamen die Arbeiten und Diskussionen für ein neues Kommunikationskonzept und einen neuen Internetauftritt der Volkssolidarität.

#### Digitale Medien

Die Volkssolidarität verbreitet aktuelle Informationen über ihre Website, ihren Newsletter und ihren Twitter-Kanal. Auf der Mitgliederplattform [wir-sind-paritaet.de](http://wir-sind-paritaet.de) gibt es zudem ein Profil mit Kurzvorstellung des Bundesverbandes.

#### Newsletter

Der Newsletter des Bundesverbandes wird zum Monatsanfang per E-Mail an über 3.500 Abonnent\*innen versandt. Dieses Online-Rundschreiben des Bundesverbandes informiert über aktuelle sozialpolitische Entwicklungen, Erklärungen, Forderungen und Stellungnahmen der Volkssolidarität sowie über Themen aus der Arbeit des Verbandes. Hinzu kommen weitere Veröffentlichungen und aktuelle Informationen zu Veranstaltungen und Tagungen sowie zu sozialpolitischen Aktivitäten des Verbandes.

#### Website

Der Internetauftritt der Volkssolidarität wurde als wichtiges authentisches Informationsmedium der Medien- und Öffentlichkeitsarbeit aktiv genutzt. Durch das aktuelle Informationsangebot zu sozialpolitischen Themen sind die Zugriffszahlen kontinuierlich weitergestiegen. Die im Kommunikationskonzept benannten Zielgruppen – Menschen im Rentenalter beziehungsweise im Ruhestand, Mitglieder, ehrenamtlich Engagierte, Mitarbeitende, hilfsbedürftige Menschen, Kita-Eltern, Kooperationspartner sowie Vertreter\*innen von Politik und Behörden sowie journalistische Medien – werden gezielt angesprochen.

Der Bundesverband fungierte im Berichtszeitraum als Dienstleister für alle Gliederungen bezüglich des Internetauftritts und kümmerte sich um dessen ständige Weiterentwicklung. Die konzeptionellen Arbeiten dazu wurden gemeinsam mit der Arbeitsgruppe Öffentlichkeits- und Medienarbeit des Bundesvorstandes und dem Arbeitskreis Kommunikation & IT in der Bundesgeschäftsstelle vorbereitet und diskutiert. Im Ergebnis dessen ist die neue Website unter [www.volkssolidaritaet.de](http://www.volkssolidaritaet.de) seit 2021 online. Die technische und gestalterische Plattform hinter dieser Website steht seitdem auch den Gliederungen zur Verfügung. Optional, für einen frischen, zeitgemäßen Internet-Auftritt im Corporate Design der Volkssolidarität.

#### Kampagnenseite „Gutes im Sinn“

Konzeption und Betreuung der Kampagne, um für Arbeitsplätze, ehrenamtliches Engagement und für die Mitgliedschaft bei der Volkssolidarität zu werben. Unter [www.gutesimsinn.de](http://www.gutesimsinn.de) finden Sie weitere Informationen dazu.



Direkt zur Kampagnen-Website „Gutes im Sinn“

Jetzt ansehen

#### Twitter

Im Berichtszeitraum wurde der zuvor konzipierte und eingerichtete Twitter-Kanal unter [twitter.com/volkssoli\\_bv](https://twitter.com/volkssoli_bv) regelmäßig gepflegt. In etlichen Beiträgen (Tweets) war der Bundesverband so auch in Social Media präsent, nahm an diversen Politikdebatten teil und hat die sozialpolitischen Forderungen der Volkssolidarität kommuniziert.

#### Mitgliederplattform „Wir sind Parität“

Die Online-Plattform „Wir sind Parität“ ist im Rahmen des Projekts #GleichImNetz des Paritätischen Gesamtverbandes entstanden. „Wir sind Parität“ veranschaulicht die Breite und Vielfalt der paritätischen Mitgliedsorganisationen und ihrer Aktivitäten. Die Volkssolidarität ist Teil des Online-Scout-Programms #GleichImNetz und zeigt Profil auf „Wir sind Parität“. Dieses können Sie unter [www.wir-sind-paritaet.de/volkssolidaritaet](http://www.wir-sind-paritaet.de/volkssolidaritaet) aufrufen.



Direkt zur Webseite von „Wir sind Parität“

Jetzt ansehen

#### Initiative Transparente Zivilgesellschaft

Transparenz ist uns wichtig. Deshalb hat sich der Bundesverband der Volkssolidarität der Initiative Transparente Zivilgesellschaft (ITZ) angeschlossen. Da es in Deutschland keine einheitlichen Veröffentlichungspflichten für gemeinnützige Organisationen gibt, wir aber dennoch der Gemeinschaft sagen wollen, welche Ziele wir verfolgen, woher die Mittel stammen und wer die Entscheidungsträger\*innen sind, haben wir uns dafür entschieden, der Initiative beizutreten.



Transparenz schafft Vertrauen bei Unterstützer\*innen und stärkt die Glaubwürdigkeit der Volkssolidarität. Je größer das Vertrauen in der Öffentlichkeit, umso besser sind die Chancen auf dem Spendenmarkt. Bisher haben sich 1645 Organisationen (Stand: Mai 2022) der Transparenzinitiative angeschlossen. Der Bundesverband empfiehlt seinen Gliederungen die Unterzeichnung der Selbstverpflichtung im Rahmen der Initiative Transparente Zivilgesellschaft unter [www.transparency.de/mitmachen/initiative-transparente-zivilgesellschaft](http://www.transparency.de/mitmachen/initiative-transparente-zivilgesellschaft).

#### Pressemitteilungen

Exemplarische Auszüge der Medien- und Öffentlichkeitsarbeit des Bundesverbandes (hier: Pressemitteilungen, vergleiche [www.volkssolidaritaet.de/pressemitteilungen](http://www.volkssolidaritaet.de/pressemitteilungen)):

- „Soziale Plattform Wohnen – Für eine menschenorientierte Wohnungspolitik“:



Alle Pressemitteilungen  
direkt online ansehen

Jetzt ansehen

Gründung einer Initiative, gestützt von acht Wohlfahrts-, Sozial- und Fachverbänden, darunter auch der Volkssolidarität Bundesverband e. V. am 17.03.2020

- Forderung angemessener Schutzausstattung in der Pflege vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie, 18. und 25.03.2020
- Forderung zur allgemeinverbindlichen Bonuszahlung für Pflegekräfte, 15.04.2020
- Volkssolidarität fordert Aufwertung von Pflegeberufen, 12.05.2020
- Kinderarmut wirksam bekämpfen, 30.07.2020
- Volkssolidarität bestimmt neue Präsidentin, 16.10.2020
- Einigung zu Kinderrechten im Grundgesetz greift zu kurz, 12.01.2021
- Volkssolidarität fordert priorisierte Impf- und Teststrategie für pädagogische Fachkräfte, 01.02.2021
- Zivilgesellschaftliches Bündnis kritisiert Coronahilfen für arme Menschen als unzureichend, 09.02.2021
- Volkssolidarität fordert soziale Gerechtigkeit im Wahljahr, 19.02.2021
- Volkssolidarität fordert zum Weltfrauentag Gleichstellung in allen Bereichen, 05.03.2021
- neuer Bundesgeschäftsführer der Volkssolidarität, 15.04.2021
- Volkssolidarität fordert schnelle bundesweite Mietenregulierung, 16.04.2021
- Volkssolidarität zum Tag der Arbeit: Solidarität bewahren, 30.04.2021

- 76 Jahre Weltkriegsende, 08.05.2021
- zum Internationalen Tag der Pflege: Volkssolidarität fordert Arbeitsbedingungen in der Pflege zu verbessern, 11.05.2021
- Internationaler Kindertag: Kinder und Jugendliche müssen endlich oberste Priorität haben, 31.05.2021
- breite Allianz fordert Kindergrundsicherung von nächster Bundesregierung, 23.08.2021
- Präsidentin der Volkssolidarität mahnt, soziale Themen bei Koalitionsverhandlungen in den Mittelpunkt zu stellen, 27.09.2021
- Volkssolidarität fordert gleichwertige Lebensverhältnisse in Ost und West, 01.10.2021
- Kindergrundsicherung als zentrales Zukunftsprojekt für Ampel-Koalition, 21.10.2021
- Präsidentin der Volkssolidarität ruft zur Corona-Impfung auf, 19.11.2021
- "Wir. Alle. Zusammen." – Für eine solidarische Gesellschaft, 25.11.2021

#### Arbeitsbereich Vorsorgeversicherungen

Nach 30 Jahren steht die Kooperation mit der ERGO im Rahmen der Verbandsvorsorge für die beständigste Zusammenarbeit mit einem externen Verbandspartner (vergleiche [www.volkssolidaritaet.de/beitraege/mitglieder-30-jahre-kooperation-ergo-und-volkssolidaritaet/](http://www.volkssolidaritaet.de/beitraege/mitglieder-30-jahre-kooperation-ergo-und-volkssolidaritaet/)).

Die Kolleginnen Heike Pöschel und Carola Krause betreuen und verwalten diesen Be-



30 Jahre Kooperation  
ERGO und Volkssolidarität

Jetzt ansehen

reich seit über zwei Jahrzehnten souverän. Auch in der Pandemiezeit wurden alle erforderlichen Arbeiten, wie beispielsweise Monatsabschlüsse, Bankeinzüge, Schriftverkehr und vieles mehr weiterhin verlässlich erstellt. Das bestätigten erneut die halbjährlichen Abstimmungen und Prüfungen durch die ERGO Group AG. Die entsprechenden Protokolle liegen vor.

Am Jahresende 2021 wurden in der Bundesgeschäftsstelle 67.910 Versicherungsverträge verwaltet. Das sind 9.751 weniger Verträge gegenüber dem Geschäftsjahr 2020.

In der Spezial-Rechtsschutzversicherung (ERGO Rechtsschutz) waren 3.145 Risiken Ende 2021 versichert. Ende 2020 waren es noch 3.628 Risiken.

Zum Ende des Geschäftsjahres 2020 wurden neue vertragliche Grundlagen für eine weitere Zusammenarbeit zwischen der ERGO und der Volkssolidarität geschaffen.

Die entsprechenden neuen Vertriebskooperationsvereinbarungen beabsichtigen eine langfristige und strategische Partnerschaft. Dazu zählt neben einer Beratung durch den Vertriebspartner ERGO auch die Möglichkeit, sich online zu informieren und über verschiedene Vertriebskanäle Versicherungsverträge abschließen zu können. Das Tarifspektrum wurde, wie auch in den letzten Jahren, kontinuierlich erweitert.

Neu im Angebot für unsere Mitglieder – die Mitgliedschaft in der Volkssolidarität ist Vo-

oraussetzung für einen Neuabschluss – sind folgende Vorsorgeversicherungen:

- Wohngebäudeversicherung
- Haftpflichtversicherung
- Hausratversicherung
- Kraftfahrzeugversicherung
- sowie eine serviceerweiterte Sterbegeld- und Unfallversicherung

Abschließend bleibt festzustellen, dass die Verbandskooperation mit der ERGO ein wertvoller Bestandteil des Mitgliederangebotes sowie der Verbandsfinanzierung geblieben ist. Wir werden weiterhin den Kontakt mit dem Konzern pflegen und uns regelmäßig über die Entwicklungen informieren lassen.

### Veranstaltungen

Die zuständigen Referent\*innen organisierten folgende Fachtagungen der Volkssolidarität zu sozialpolitischen Themen und beteiligten sich an der Planung und Durchführung folgender Kooperationsveranstaltungen mit Partnerorganisationen:

- Herbst 2020 und Frühjahr bis Sommer 2021: Telefon- und Videokonferenzen für pädagogische Fachkräfte im Verband für den Erfahrungsaustausch beim Umgang mit den Folgen der Corona-Pandemie, für Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, für die Arbeitsfelder Kita/ Hort/Schule, stationäre und ambulante Hilfen zur Erziehung (HzE) sowie die Offene Kinder- und Jugendarbeit
- 27. Oktober 2021: Online-Workshop für pädagogische Fachkräfte „Corona als Stresstest der Offenen Arbeit – Im Spannungsfeld zwischen Infektionsschutz und pädagogischer Qualität“ (mit Verhaltensbiologe Dr. Joachim Bensel)

- 9. November 2021: Online-Workshop für pädagogische Fachkräfte „Corona und die Folgen – Was brauchen große Kinder jetzt in Hort und Ganztags?“ (mit Entwicklungspsychologin Oggi Enderlein)

Über diese Veranstaltungen wurde öffentlichkeitswirksam berichtet.

### Netzwerke und Bündnisse



Die Bundesgeschäftsstelle sicherte die Mitwirkung der Volkssolidarität in folgenden sozialpolitischen Netzwerken und Bündnissen:

- Bündnis für ein menschenwürdiges Existenzminimum
- Netzwerk „Gerechte Rente“
- Bündnis „Reichtum umverteilen“
- Initiative „Kinderrechte ins Grundgesetz“
- Bündnis Kindergrundsicherung
- Ratschlag Kinderarmut
- Bündnis für gute Pflege
- Kooperationsverbund Gesundheitliche Chancengleichheit

Über wichtige Ergebnisse der Arbeit der Volkssolidarität in den Netzwerken und Bündnissen wurde der Bundesvorstand informiert.

Das könnten die Mitglieder Markus und Jens Schmidt von der Volkssolidarität sein.



**SOLIDARITÄT** BRAUCHT **MITGLIEDER**

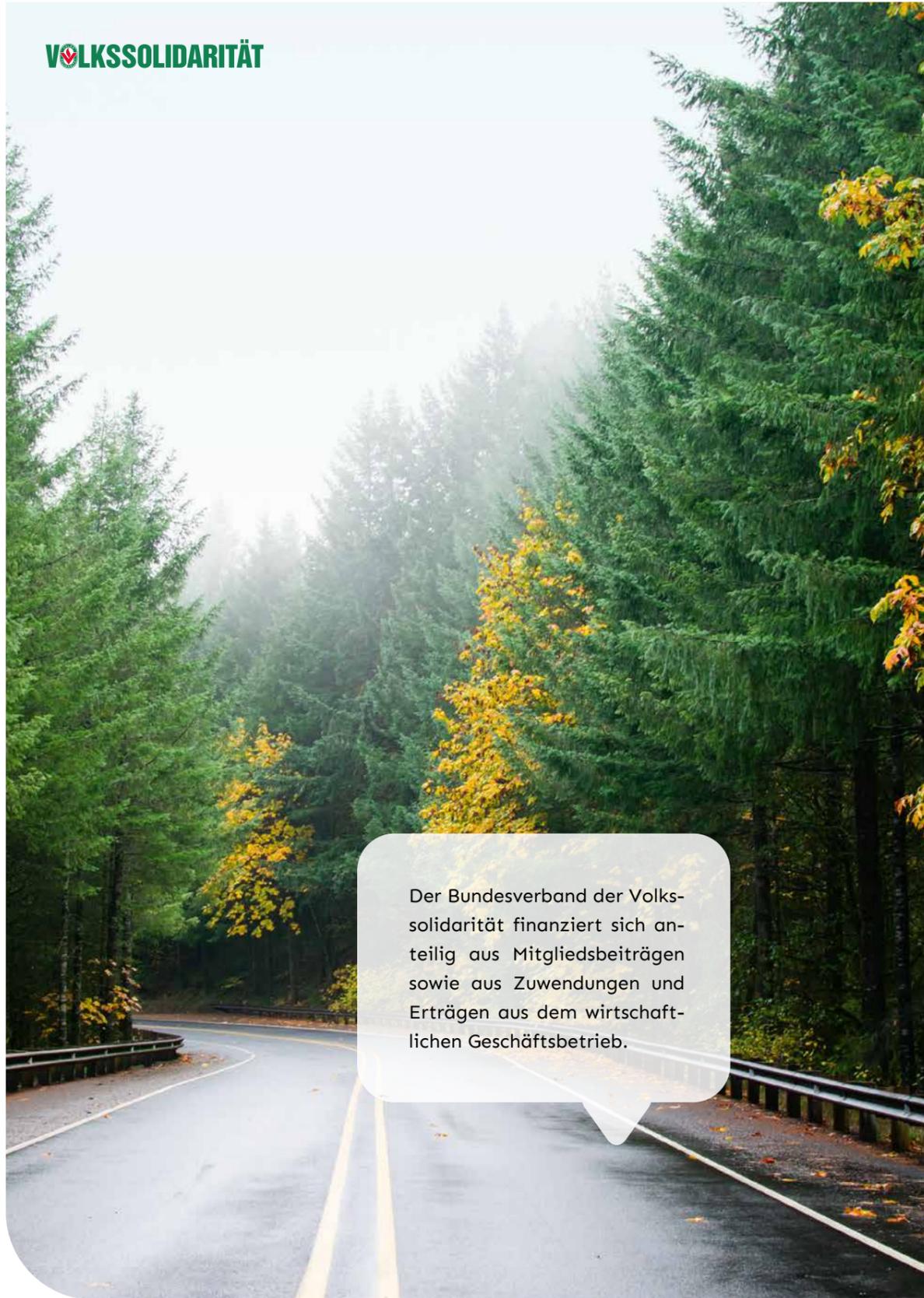
**WIR BRAUCHEN DICH M/W/D**

Setz deine Freizeit für die gute Sache ein und engagiere dich mit 145.000 Mitgliedern für soziale Aktivitäten in den Kommunen. Seit 75 Jahren stehen wir aus Überzeugung für solidarisches Miteinander und aktives Füreinander.

Wir bewerben uns bei dir. [www.GutesimSinn.de](http://www.GutesimSinn.de)



**75 JAHRE**  
MITEINANDER · FÜREINANDER



Der Bundesverband der Volkssolidarität finanziert sich anteilig aus Mitgliedsbeiträgen sowie aus Zuwendungen und Erträgen aus dem wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb.

## 5. Finanzierung des Volkssolidarität Bundesverbandes e. V.



Der Bundesverband der Volkssolidarität finanziert sich anteilig aus Mitgliedsbeiträgen sowie aus Zuwendungen und Erträgen aus dem wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb und Vermögensverwaltung. Im Jahr 2020 ist durch die Bundesdelegiertenversammlung eine neue Beitragsordnung beschlossen, die vorerst die Finanzierung des Bundesverbandes bis 2025 festgelegt hat.

Die Ausgaben der Bundesgeschäftsstelle wurden in den Jahren 2020 und 2021 auf der Grundlage der vom Bundesvorstand bestätigten Haushaltspläne zweckentsprechend und sparsam verwendet.

Die Jahresabschlüsse für die Geschäftsjahre 2020 und 2021 wurden von der Curacon

GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft und mit dem „Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers“ versehen.

Mit Datum vom 09. April 2021 erhielt die Volkssolidarität Bundesverband e.V. den Freistellungsbescheid des Finanzamtes für die Körperschafts- und Gewerbesteuer für das Jahr 2019.

Dieser Bescheid gilt nunmehr als Bestätigung der Gemeinnützigkeit des Bundesverbandes und berechtigt somit zur Ausstellung von Zuwendungsbestätigungen nach amtlich vorgeschriebenem Vordruck.

## Bilanz des Volkssolidarität Bundesverbandes e. V. zum 31.12.2020

### AKTIVA

in Euro	31.12.2020	31.12.2019
<b>A. Anlagevermögen</b>		
<b>I. Immaterielle Vermögensgegenstände</b>		
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	13.029	117
<b>II. Sachanlagen</b>		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	689.752	722.482
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	7.385	10.497
<b>III. Finanzanlagen</b>		
Beteiligungen	1.050	1.050
<b>B. Umlaufvermögen</b>		
<b>I. Vorräte</b>		
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	18.931	32.764
2. Geleistete Anzahlungen	11.401	10.601
<b>II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</b>		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	268.502	166.957
2. Sonstige Vermögensgegenstände	53.536	96.758
<b>III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten</b>	971.849	1.093.021
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	7.105	2.715
<b>GESAMT</b>	<b>2.042.541</b>	<b>2.136.963</b>

### PASSIVA

in Euro	31.12.2020	31.12.2019
<b>A. Eigenkapital</b>		
<b>I. Ergebnisrücklagen</b>	1.924.545	1.912.092
<b>II. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (-)</b>	-32.389	12.814
<b>B. Rückstellungen</b>		
1. Steuerrückstellungen	19.450	0
2. Sonstige Rückstellungen	69.915	66.649
<b>C. Verbindlichkeiten</b>		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr 0 Euro	0	99.200
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr 21.951 Euro	21.951	8.081
3. Sonstige Verbindlichkeiten davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr 38.568 Euro davon aus Steuern 22.335 Euro	38.568	38.126
<b>D. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	500	0
<b>GESAMT</b>	<b>2.042.541</b>	<b>2.136.963</b>

## Bilanz des Volkssolidarität Bundesverbandes e. V. zum 31.12.2021

### AKTIVA

in Euro	31.12.2021	31.12.2020
<b>A. Anlagevermögen</b>		
<b>I. Immaterielle Vermögensgegenstände</b>		
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	11.889	13.029
<b>II. Sachanlagen</b>		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	735.107	689.752
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	13.027	7.385
<b>III. Finanzanlagen</b>		
Beteiligungen	66.300	1.050
<b>B. Umlaufvermögen</b>		
<b>I. Vorräte</b>		
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	25.852	18.931
2. Geleistete Anzahlungen	11.401	11.401
<b>II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</b>		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	362.109	268.502
2. Sonstige Vermögensgegenstände	60.327	53.536
<b>III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten</b>	852.509	971.849
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	5.815	7.105
<b>GESAMT</b>	<b>2.144.336</b>	<b>2.042.541</b>

### PASSIVA

in Euro	31.12.2021	31.12.2020
<b>A. Eigenkapital</b>		
<b>I. Ergebnismrücklagen</b>	1.892.156	1.924.545
<b>II. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (-)</b>	49.721	-32.389
<b>B. Rückstellungen</b>		
1. Steuerrückstellungen	19.450	19.450
2. Sonstige Rückstellungen	73.920	69.915
<b>C. Verbindlichkeiten</b>		
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr 24.925 Euro	24.925	21.951
2. Sonstige Verbindlichkeiten davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr 82.896 Euro davon aus Steuern 49.508 Euro	82.896	38.568
<b>D. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	1.268	500
<b>GESAMT</b>	<b>2.144.336</b>	<b>2.042.541</b>

**Gewinn- und Verlustrechnung**  
**Volkssolidarität Bundesverband e. V.**  
**1.1.2020 – 31.12.2020**

in Euro	2020	2019
1. Umsatzerlöse	1.115.202	1.240.812
2. Sonstige betriebliche Erträge	49.757	15.944
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-64.709	-73.852
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-85.918	-97.416
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-468.774	-500.911
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon für Altersversorgung 1.278 Euro	-102.438	-117.922
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-40.622	-40.957
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-362.044	-354.197
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	158	15
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-698	-930
9. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-69.259	-54.431
<b>10. Ergebnis nach Steuern</b>	<b>-29.344</b>	<b>16.156</b>
11. Sonstige Steuern	-3.044	-3.342
<b>12. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (-)</b>	<b>-32.389</b>	<b>12.814</b>

**Gewinn- und Verlustrechnung**  
**Volkssolidarität Bundesverband e. V.**  
**1.1.2021 – 31.12.2021**

in Euro	2021	2020
1. Umsatzerlöse	988.021	1.115.202
2. Sonstige betriebliche Erträge	48.545	49.757
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-24.038	-64.709
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-71.364	-85.918
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-400.312	-468.774
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon für Altersversorgung 1.427 Euro	-87.763	-102.438
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-48.517	-40.622
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-314.869	-362.044
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	360	158
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-5	-698
9. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-37.320	-69.259
<b>10. Ergebnis nach Steuern</b>	<b>52.737</b>	<b>-29.344</b>
11. Sonstige Steuern	-3.016	-3.044
<b>12. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (-)</b>	<b>49.721</b>	<b>-32.389</b>



## IMPRESSUM

**Herausgeber** Volkssolidarität Bundesverband e. V.  
Alte Schönhauser Straße 16, 10119 Berlin

**ViSdP** Sebastian Wegner

**Telefon** 030 278970

**E-Mail** bundesverband@volkssolidaritaet.de

**Redaktion** Ingo Dinger

**Gestaltung** MARKOV&MARKOV GmbH, Leipzig

**Stand: Oktober 2022**

 **VOLKSSOLIDARITÄT**

 **VOLKSSOLIDARITÄT**